

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



S. Leutenegger Oberholzer
Postfach 126
Im Baumgarten 1
CH – 4302 Augst
Tel. +41 61 - 462 22 10
slo@bluewin.ch

Bern, 15. Dezember 2017

Wintersession 2017: NR Buttet – eine unrühmliche Geschichte

Liebe politisch interessierte Kolleginnen und Kollegen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wahlen und Finanzen dominierten auch heuer die Wintersession. Mit Alain Berset und Dominique de Buman sind 2018 zwei Freiburger an der Spitze von Bundes- und Nationalrat. Dem Ständerat steht mit Karin Keller-Sutter eine Frau vor. Sie nutzt dies zum Networking unter Frauen mit einer Einladung der Parlamentarierinnen rund um den Frauentag im März 2018. Sicherlich nicht falsch - auch mit Blick auf die Bundesratswahlen. Zu irrlichternden Diskussionen um sexuelle Belästigung auch im Parlament führte das Verhalten des Walliser Nationalrats Yannick Buttet. Er liess sich nach Stalkingvorwürfen im Wallis und alkoholisiertem Fehlverhalten im Bundeshaus vorerst krankschreiben und ward nicht mehr gesehen. Im Nationalrat folgten ein schräges Merkblatt, das erwachsenen Parlamentsmitgliedern den Unterschied zwischen einem Flirt und der sexuellen Belästigung erklären will und ein Hinweis auf mögliche Beratungsgespräche bei einer „Fachstelle für Mobbing und Belästigung“. Eine absurde Folge: Schliesslich sind wir Frauen im Parlament keine unterdrückten Wesen, sondern selbstbewusste Frauen, die sich zu wehren wissen. Und wenn: Die kantonalen Opferhilfestellen sind kompetente Beratungsstellen.

Erste Woche: Erasmus. Die Schweiz ab 2021 wieder voll dabei

1. Nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) hatte die EU das Forschungsprogramm 2020 sistiert und die laufenden Verhandlungen mit der Schweiz bei **Erasmus+**, dem vollen Studentenaustausch mit der EU, gestoppt. Nach der Ratifizierung des Kroatien-Protokolls normalisierte sich die Lage beim Forschungsprogramm. Beim Studentenaustausch bleibt es aber vorerst bei einer Sonderlösung. Dafür wurden bis 2020 114,5 Mio. Fr. bewilligt. Ab 2021 will das Parlament beim Mobilitätsprogramm für die Studierenden wieder voll mitmachen. Damit wird dann auch die Unsicherheit für die Schweizer Universitäten beseitigt werden. Nach dem Rückzug der **Rasa-Initiative** ist auch eine erneute Abstimmung zur MEI-Initiative vom Tisch.

2. Mit einer Gesetzesänderung wird der **Schutz der Kinder** verstärkt. Die bereits bestehende Meldepflicht bei Verdacht auf Kindsmisbrauch wird auf alle Fachpersonen, die mit Kindern Kontakt haben, ausgedehnt. Die Meldung erfolgt an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB.



3. Die **Post** weckt Emotionen. Das zeigt auch die Debatte im Ständerat über die Grundversorgung. Die Schliessung von Poststellen sorgt in allen Regionen der Schweiz für Ärger. Bis 2020 soll es anstelle von 1400 nur mehr 800 bis 900 Poststellen geben. Mitte Juni 2018 will der Bundesrat über die Resultate einer Arbeitsgruppe orientieren, die sich mit der künftigen Grundversorgung der Post beschäftigt. Noch immer hängig ist mein Postulat für ein Moratorium bei der Schliessung von Poststellen, bis klar ist, wohin die politischen Beschlüsse gehen. Gestärkt wird die Forderung nun mit der erfolgreichen Standesinitiative für ein Moratorium von Adil Koller im Baselbieter Landrat.

Zweite Woche: Keine Unterstützung für die Vollgeld-Initiative

4. „**Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle**“ heisst eine vierte agrarpolitische Initiative, die wir in kürzesten Abständen zu beraten hatten. Ich erinnere an die Initiative für Ernährungssicherheit, die zum breit akzeptierten Gegenvorschlag in der Volksabstimmung führte; die Fair Food-Initiative, über die wir gelegentlich abstimmen werden; die Hornkuhinitiative, die im Nationalrat noch nicht beraten ist. Die Initiative „für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz“ ist im Sammelstadium. Die Initiative wurde u.a. von der Bauerngewerkschaft Uniterre und rund siebzig Organisationen lanciert. Sie orientiert sich an einer Landwirtschaft für die lokalen Bedürfnisse und sieht als Instrumente auch massive Interventionen wie Einfuhrbeschränkungen, Abschottungen und Preisinterventionen vor. Viele Bauern im Rat nutzten die Debatte, um ihren Ärger über den agrarpolitischen Bericht des Bundesrats vom 1. November 2017 auszulassen, ein Bericht, der aus meiner Sicht die Weichen richtigstellt. Die epischen Voten führten dazu, dass die Beschlüsse erst am letzten Tag der Wintersession gefasst wurden. Die SP lehnte die Initiative ab und unterstützte einen direkten Gegenvorschlag, der aber in der Minderheit blieb.

5. Die Ausdehnung des **Automatischen Informationsaustausches auf 41 weitere Staaten** ist unter Dach. Die Störmanöver der SVP verfangen nicht. Mit dabei sind jetzt auch Neuseeland und Saudi-Arabien. Das Sammeln der Daten bei den Banken wird am 1. Januar 2018 einsetzen. National steht es mit der Transparenz und der Bekämpfung der Steuerhinterziehung weit schlechter. Auf Druck der Steuerhinterzieher-Initiative von Matter und Co hat der Bundesrat die **Revision des Steuerstrafrechts** von altBundesrätin Widmer-Schlumpf versenkt. Die Vorlage dazu lieferten zwei gleichlautende Motionen aus beiden Räten. Damit will Ueli Maurer den InitiantInnen Thomas Matter, Gerhard Pfister, Petra Gössi und Co. unter Wahrung des Gesichts den Weg zum Rückzug der Initiative ebnen. Die SRG lieferte mit „10 vor 10“ gleich noch das mediale nette Setting dazu. Die Angst der SRG-Journalisten und Redaktorinnen vor der No-Billag-Initiative zeigt Wirkung.

6. Die **Vollgeld-Initiative** ist gut gemeint. Sie will die Schaffung von Buchgeld als Zahlungsmittel durch die Banken unterbinden. Alles Geld soll von der Nationalbank geschaffen werden. Zur Stabilisierung des Finanzsystems gibt es wirksamere Instrumente. Die Initiative hat zugleich massive unerwünschte Nebenwirkungen. Zudem macht sie die SNB fast zur vierten Macht im Staat. Dazu fehlt mir aber nach all den Erfahrungen mit der verfehlten SNB-Politik in den Neunziger Jahren und 2015 mit der Aufhebung des Mindestkurses Euro/Franken das Vertrauen. Mit der Mehrheit der Fraktion habe ich die Initiative abgelehnt und dafür einen direkten Gegenvorschlag mit der Forderung nach mindestens 10 Prozent hartem Eigenkapital der Grossbanken unterstützt.



Dritte Woche: Keine Einigung beim Voranschlag. Kein Geld für die AHV

7. Mit fünf Postulaten kämpften wir fünf Frauen aus unterschiedlichen Fraktionen für die Unterstützung des **Archivs von Marthe Gosteli** zur Geschichte der Frauen in der Schweiz. Ohne Unterstützung durch den Bund ist der Weiterbestand des Gosteli-Archivs gefährdet. Die Folge wäre eine entscheidende Lücke in der Schweizer Geschichte. Die Postulate wurden grossmehrheitlich gutgeheissen. Auch aus den Reihen der SVP gab es Unterstützung.

8. Bei der **Budgetdebatte** korrigierte das Parlament teilweise die Sparvorschläge des Bundesrats. Im Zentrum standen höhere Beiträge für die Landwirtschaft (+ 84 Mio. Fr.), für Bildung und Forschung (Unis + 6 Mio.), die ETH (+ 52,9 Mio.), Fachhochschulen (+ 11,3 Mio.) und Forschung (+ 16 Mio.). Gegenläufig waren die Beschlüsse beim Bundespersonal. 100 Budgetanträge waren zu beraten. Die Differenzbereinigung zog sich bis zur Einigungskonferenz über drei Wochen hin. Eine Spezialität dabei ist die parlamentsrechtliche Regelung, dass immer dann, wenn sich die Räte nicht einigen können, der tiefere Betrag gilt. Genau das ist eingetroffen. Es trifft die Position Sozialhilfe für Asylsuchende, das Grenzwachtkorps, eine Einrichtung der Berufsbildung, die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds. So wurde insbesondere auch der Vorschlag von SP und SVP, die Gelder aus der verlorenen Rentenabstimmung, es ging um 442 bzw. 370 Mio. Fr., der AHV zukommen zu lassen, abgelehnt. Das Resultat ist ein budgetierter Überschuss von 295 Mio. Fr.

9. Die Budgetbereinigung führte zu einer weiteren Pirouette bei den Begehren der Kantone Baselland und St. Gallen um Aufstockung des **Grenzwachtkorps**. Nachdem im Budget eine Erhöhung um 30 Personen vorgesehen war, beantragte die vorberatende Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats die Initiative aus Baselland abzuschreiben und die aus St. Gallen abzulehnen. Mit der Streichung aus dem Voranschlag ist das Geschäft wieder auf Feld 1. Mit einem Ordnungsantrag konnte ich in letzter Minute verhindern, dass die Geschäfte abschliessend versenkt wurden. Die SIK kann nun nochmals darüber befinden. Vorsorglich habe ich bei der Kommission eine Unterstützung der beiden Kantonsinitiativen beantragt.

Nun wünsche ich allen frohe Festtage, wundervolle weisse Weihnachten und alles Gute zum Jahreswechsel.

Herzliche Grüsse

Susanne Leutenegger Oberholzer